

Die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West veranstaltete am 23. Januar zum dritten Male gemeinsam mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der Katholischen Arbeitnehmerbewegung KAB und dem Bündnis für Toleranz und Zivilcourage in Duisburg einen Ökumenischen Gottesdienst anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus. Er war den Opfern der „Nürnberger Gesetze“ gewidmet. Die Predigten zur 7. Bitte des Vaterunsers hielten der ehemalige Vorsitzende der EKD, Alt-Präses Manfred Kock und Weihbischof Dr. Franz Grave des Bistums Essen. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Predigt von Manfred Kock.

RAG Rhein-Ruhr West

Das Böse hat ein schreckliches Gesicht

„Erlöse uns von dem Bösen“ – Ich will die letzte Bitte des Vaterunsers auf den Anlass unseres Gottesdienstes lenken. Der Erlass der Nürnberger Rassegesetze vor 70 Jahren ist ein Markstein des Bösen, das in der schrecklichen, systematisch geplanten Vernichtung der Juden mündete und der Menschheit eine Last auferlegt hat, die wir allein nicht tragen können. Verantwortung für das Böse tragen Millionen Menschen – als rohe Täter, als bürokratische Organisatoren, als willige Helfer, als billigendes, akklamierendes, als schweigendes, wegsehendes, verdrängendes Volk. Nur wenige haben durchschaut, was geschah, und haben widerstanden, wie Nikolaus Groß, der heute vor 60 Jahren in Plötzensee ermordet wurde. Die meisten unter uns Heutigen waren daran nicht beteiligt. Aber im Blick auf die dunkle deutsche Geschichte um Erlösung von dem Bösen zu bitten, ist eine lebendige, auf Gegenwart und Zukunft bezogene Pflicht und Chance. Zu schnell könnten wir Nachgeborenen uns da aus dem Staube machen. Wir haben an die Verantwortung unseres Volkes zu erinnern, weil wir im geschichtlichen Zusammenhang mit dieser Geschichte stehen.

„Erlöse uns von dem Bösen“, erlöse uns von der Krankheit der europäischen Kultur, dem Antisemitismus. Er ist in unserem Volk lebendig und scheint sich zu verschärfen. Rechtsradikale Wellen machen sich im Lande immer deut-

licher bemerkbar. Die Naziabgeordneten in Sachsen haben das in abscheulicher Weise dokumentiert. Offensichtlich ist der Antisemitismus nicht auf rechtsradikale Kreise beschränkt. Den Antisemitismus fördern auch problematische islamistische Kräfte, deren Einfluss auf muslimische Gemeinden zunimmt. Auch werden im Zuge der Osterweiterung Europas antisemitische Impulse aus den Beitrittsländern wirksam. Umso wichtiger ist es für uns in Deutschland, gegenüber dem hier offenbar unausrottbaren Bodensatz an Antisemitismus wachsam zu sein. Dagegen helfen nur der beharrliche Widerstand, der konsequente rechtsstaatliche Kampf und die deutliche Verkündigung unserer Kirche.

In Barmen-Gemarke, neben der Kirche, in der 1934 die Barmer Erklärung verabschiedet wurde, steht heute eine jüdische Synagoge. Die Evangelische Kirche im Rheinland hat den Bau an dieser Stelle ermöglicht und gefördert. Das ist ein gutes Zeichen. Die nachbarschaftliche Nähe der Gebäude macht uns Christen aber unübersehbar auf die fortwährenden Leiden der Juden in unserem Land aufmerksam: Jüdische Einrichtungen können in unserem Land nicht ohne Polizeischutz sein.

Das Böse hat ein harmlos wirkendes Gesicht.

Es gibt auch Formen des Bösen, die vielen nicht als böse kenntlich sind. Sie tragen ein Gesicht, das kritische

Menschen entlarven, das aber von den meisten erst dann als böse erkenntlich ist, wenn die verheerenden Folgen eingetreten sind.

Die Nürnberger Rassegesetze von 1935 sind von solcher Art. Sie schienen den meisten Menschen in unserem Land gute Gesetze zu sein. Man hatte die dahinter liegende verschrobene Rassetheorie im Einzelnen nicht sonderlich ernst genommen. Man dachte an eine Aufwertung des deutschen Menschen und freute sich über die Steigerung des Selbstwertgefühls der Volksgenossen. Nur wenige haben bedacht, dass diejenigen, die von den Nürnberger Gesetzen getroffen wurden, auch deutsche Bürgerinnen und Bürger waren. Das gehört ja schon immer zur besonders gefährlichen Kunst des Verführers: Man fühlt sich selbst dadurch besser und überlegen, dass man schlechte Eigenschaften auf andere projizieren kann.

Der Mensch nach Gottes Bild

„Der Mensch ist Gottes Bild“, so heißt es am Beginn der Heiligen Schrift. „Gott schuf den Menschen nach seinem Bild, zum Bilde Gottes schuf er ihn und schuf sie als Mann und als Frau.“

Es gibt ganz andere Antworten: Die Menschen seien zu sortieren und zu bewerten nach Hautfarbe, Körperhaltung und Schädelform. Solche Kennzeichen seien Spiegel des Charakters und der Leistungsfähigkeit. Solche Kategorien haben in

sich schon etwas Abstruses. Aber sie haben in der Geschichte gewirkt. Sie sind deshalb Kennzeichen des Bösen, von dem wir erlöst werden müssen. Die gleiche Würde ist allen verliehen. Es geht auch um die Würde der Roma-Familien aus dem Kosovo. Es geht auch um die Würde der Frauen, die mit Lockung oder unter Zwang zur Prostitution von Schleppern in unser Land geholt werden. Auch sie haben das Recht auf menschenwürdige Behandlung.

Ich weiß, wenn es sich darum handelt, die Fremden in unserem Land anzunehmen, dann fällt das den Benachteiligten in unserem Land nicht leicht, die die Opfer wirtschaftlicher Veränderungen sind. Auch fällt häufig denen die

Annahme Menschen anderer Herkunft und Kultur schwer, die selber nie ihren Wert und ihre Würde erfahren haben und die deshalb versuchen, sich über andere zu erheben. Dennoch gilt es festzuhalten, dass die Würde nicht von Herkunft und Rasse abhängt.

Es hilft nicht, zu fordern „Nazis raus!“, so gern wir sie auch loswerden möchten. Wohin sollen sie denn gehen? Wem wollen wir sie zumuten? Sie sind unsere Söhne und Töchter. Wir werden uns schon Mühe geben müssen, gerade ihnen zu bezeugen, dass auch sie mit Würde begabt sind. Wir müssen sie davon überzeugen, dass gerade in der Vielfalt die Chancen liegen. Die Ideen, die kulturellen Beiträge un-

serer ausländischen Nachbarn sind eine Bereicherung für sie selbst und für unsere Gesellschaft.

Es darf keinen politischen Poker geben um so genannte nützliche Ausländer gegen nutznießende. Diese Menschen dürfen nicht zu ökonomischen Faktoren reduziert oder als politische Spielbälle missbraucht werden. Die Würde des Menschen verlangt Zivilcourage, wenn im Namen eines dumpfen Chauvinismus gegen Recht und Gesetz verstoßen wird. Wegschauen macht schuldig. Unsere Kinder und Enkel dürfen nicht auf die schrecklichen Vereinfacher hereinfliegen. Wir müssen sie für einen toleranten Umgang mit ausländischen Mitschülern, Kollegen und Nachbarn gewinnen.

RAG Baden-Württemberg

Erziehung und Unterricht über Auschwitz braucht neue Konzepte

Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 ging die Sprecherin der Sektion Böblingen/Herrenberg/Tübingen, die Gärtringer Landtagsabgeordnete Birgit Kipfer, in einer parlamentarischen Initiative der Frage nach, in welcher Form Präventionsarbeit an den Schulen des Landes geleistet würde. Die Antwort der Landesregierung bestärkte Birgit Kipfer in ihrer Ansicht, Baden-Württemberg brauche eine Forschungsstelle für die Didaktik der Aufarbeitung des NS-Regimes im Schulunterricht.

In ihrer Stellungnahme zeigte die Landesregierung zwar eine Fülle von Projekten und Aktionen im schulischen Bereich auf. So gebe es zwischenzeitlich eine umfangreiche Datenbank im Internet mit Informationen zum Gedenktag am 27. Januar. Lobenswert sei

auch das „Projekt Schulhof“, mit dem Lehrkräfte frühzeitig über aktuelle Aktionen der rechtsextremistischen Szene vorbereitet werden. „Das Angebot insgesamt ist aber für Eltern, Lehrer, Schüler und Interessierte verwirrend und kaum noch überschaubar“, kritisierte Kipfer.

Insbesondere sei fraglich, ob die Lehrer der jüngeren Generation auf die wichtige Aufgabe, 60 Jahre nach dem singulären Völkermord an den europäischen Juden, den heranwachsenden Generationen das Geschehene erlebbar zu vermitteln, überhaupt ausreichend vorbereitet seien und fortgebildet würden. Nach ihrem Eindruck mangle es dabei vor allem an entsprechenden Konzepten und deren Umsetzung im Schulunterricht. „Es ist in den vergangenen Jahren zunehmend ein historischer Alphabetismus festzustellen“, der nachdenklich stimmen müsse. „Was die

Erziehung über Auschwitz betrifft, so gibt es eine erkennbare Zweiklassengesellschaft. Vor allem gibt es an Hauptschulen und bei Kindern mit Migrationshintergrund Nachholbedarf.“ Diesen Defiziten muss offensiv und frühzeitig begegnet werden“, forderte Kipfer. So sei es nicht länger hinnehmbar, dass in den Bildungsplänen für die gesamte Behandlung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges im Geschichtsunterricht gerade einmal 10 bis 15 Schulstunden in der 9. oder 10. Klasse vorgesehen seien. „Über kurz oder lang muss sich die Bildungspolitik fragen, wie wichtig ihr die Erziehung über Auschwitz ist“, so Birgit Kipfer. Noch aber stehe die Diskussion darüber aus, was heute historisches Bewusstsein bei Schülern im Sinne einer Erziehung nach Auschwitz bedeute und wie viel sie uns wert sei.